



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV | 3 |
| 19.03.2026 WELT ONLINE: Zahl der Erwerbstätigen im Nordosten weiter gesunken | 4 |
| EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH | 5 |
| 20.03.2026 Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger: Protest mit Atomkraftgegnern aus dem Norden | 6 |
| 19.03.2026 WELT ONLINE: Kritik bei Informations-Abend zu Castor-Lagerung in Ahaus | 7 |
| 19.03.2026 Bild.de: „Wäre der Super-Gau“ - 4500 Beamte! Polizei warnt vor Castor-Chaos | 7 |
| 19.03.2026 wn.de (Westfälische Nachrichten): Kommen die ersten Castoren schon am Dienstag? | 9 |
| 19.03.2026 Braunschweiger-Zeitung.de: Wohin mit dem deutschen Atommüll? Das sagen 2 Geologen im Harz zur Endlagersuche | 11 |
| 18.03.2026 heise.de/plus: Analyse: Weshalb die Forderung nach der Rückkehr der Atomenergie Unsinn ist | 14 |

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

W WELT ONLINE

Zahl der Erwerbstätigen im Nordosten weiter gesunken

19. März 2026 12:26 | Medienart: Online | Visits/Monat: 95.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Lesedauer: 1 Min. Von Deutsche Presse-Agentur

Mecklenburg-Vorpommern verliert Jobs. Besonders in der Industrie und im Baugewerbe sinkt die Beschäftigung. Es kommen aber auch Stellen hinzu.

Schwerin - In Mecklenburg-Vorpommern ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr um 1.600 Menschen im Vergleich zum Vorjahr gesunken. 2025 waren demnach rund 750.600 Menschen beschäftigt – ein Minus von 0,2 Prozent, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Schon 2024 war die Zahl um 0,7 Prozent gesunken. Noch weniger erwerbstätige Menschen seien es zuletzt 2016 mit 746.400 gewesen.

Gründe dafür seien vor allem die schwierige konjunkturelle Lage und die sinkende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter, sagte der Statistiker Martin Axnick auf Nachfrage. Bundesweit stagniere die Entwicklung bei der Erwerbstätigkeit.

Stellenabbau vor allem im Baugewerbe

Der Rückgang lag laut Statistikamt vor allem am produzierenden Gewerbe. Dort sinke die Erwerbstätigkeit bereits seit einigen Jahren. 2025 seien in MV rund 3.500 Menschen weniger in diesem Sektor beschäftigt gewesen (minus 2,5 Prozent). Im Baugewerbe seien es 2.100 Erwerbstätige weniger gewesen (minus 4,0 Prozent), im verarbeitenden Gewerbe 1.400 weniger (minus 1,9 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei wurden 200 Stellen gestrichen (minus 1,0 Prozent), während es bei den Dienstleistungen 2.100 Arbeitsplätze mehr gewesen seien (plus 0,4 Prozent).

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Protest mit Atomkraftgegnern aus dem Norden

Umweltschützer wenden sich gegen anstehende Castor-Transporte aus Sellafield in Großbritannien nach Brokdorf

Anti-Atomkraft-Initiativen wollen in den kommenden Tagen ihren Protest gegen Castor-Transporte durch Nordrhein-Westfalen verstärken. Es verdichteten sich die Hinweise, dass am Dienstag der erste von 152 geplanten Transporten mit hoch radioaktivem Atom-müll von Jülich über 170 Autobahn-Kilometer nach Ahaus rollen soll, teilte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gestern mit. So sei zum Beispiel ein großer Hotelbetrieb nahe Ahaus von Dienstag auf Mittwoch komplett ausgebucht, offenbar von der Polizei.

Eine Sprecherin der Essener Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) konnte dem Evangelischen Pressedienst (epd) den Transporttermin nicht bestätigen. Gestern Abend sollte ein Bürgerdialog im Ahauser Rathaus mit Vertretern der BGZ und der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) stattfinden. Die Gewerk-

schaft der Polizei in NRW hatte vor einer Woche in der „Rheinischen Post“ einen Großeinsatz mit bis zu 4500 Einsatzkräften angekündigt, um einen Transport-Stopp durch Demonstranten zu verhindern. In den zurückliegenden Monaten und Wochen hatten Anti-Atomkraft- und Umweltschutzgruppen wiederholt gegen die Transporte demonstriert.

Der BBU kündigte für den „Tag X“ eine Kundgebung vor dem Forschungszentrum in Jülich sowie Demonstration am Bahnhof in Ahaus an. Auch eine nächtliche Atommüll-Dauermahnwache vor dem Zwischenlager in Ahaus-Ammeln sei ab Sonntag angemeldet. Anti-Atom-Initiativen aus Norddeutschland wollten sich dem Protest vor Ort anschließen, sie wendeten sich gegen anstehende Castor-Transporte aus Sellafield in Großbritannien nach Brokdorf, hieß es.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) hatte im vergangenen Jahr die Genehmigung für Castor-Transporte vom Forschungszentrum Jülich ins Atommülllager Ahaus erteilt. Demnach sollen 152 Behälter mit rund 300.000 Brennelementkugeln aus dem Forschungszentrum Jülich über die Autobahn ins Münsterland gebracht werden. Geplant sind mehrere Fahrten quer durch NRW. Grund für den Abtransport aus Jülich ist, dass die Betriebserlaubnis für die dortige Lagerstätte seit Jahren ausgelaufen ist. Das Lager in Ahaus ist lediglich ein Zwischenlager.

Die Umweltschutzorganisation BUND war vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit einem Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Castor-Transportgenehmigung gescheitert, hat aber Beschwerde dagegen eingelegt.

Wörter: 315
Seite: 8
Ressort: Norddeutschland
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 15.634 (gedruckt)
19.864 (verkauft)
20.620 (verbreitet)
Reichweite²: 0,09357 (in Mio)

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 WELT ONLINE

Kritik bei Informations-Abend zu Castor-Lagerung in Ahaus

19. März 2026 20:54 | Medienart: Online | Visits/Monat: 95.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Wie reagieren Behörden auf Sorgen zur Sicherheit und Zukunft des Zwischenlagers im Münsterland? Beim Dialog in Ahaus standen Transport und Genehmigungen im Fokus der Diskussion.

Verfasst von: dpa

Vor den anstehenden Transporten von 152 Castorbehältern von Jülich nach Ahaus haben die zuständigen Behörden am Abend die Bevölkerung im Münsterland informiert. Bei einer Dialogveranstaltung waren rund 70 Anwohner und Vertreter der Antiatombewegung im Rathaus der Stadt.

Vertreter der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) als Auftraggeber der Transporte sowie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) stellten sich den Fragen der Gäste. Das Base ist für die Genehmigungen der Transporte und die Einlagerung im Zwischenlager in Ahaus zuständig. Betreiber ist, wie auch bei den anderen 15 Zwischenlagern in Deutschland, die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ).

Die Fragen drehten sich um die Sicherungssysteme der eingelagerten Castoren und die im Jahr 2036 auslaufende Genehmigung für das Zwischenlager in Ahaus. Wiederholt drückten die Redner ihre Kritik daran aus, dass sich keine Politiker der Diskussion gestellt haben, die ja dafür verantwortlich sind, dass es bislang in Deutschland keine Lösung für ein Endlager gibt.

Wann der erste Transport von Jülich nach Ahaus starten wird, ist derzeit offen. Die zuständige Polizei in Münster äußert sich derzeit zu der Frage nicht, um ihren Einsatzplan nicht zu gefährden.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Bild.de

„Wäre der Super-Gau“ - 4500 Beamte! Polizei warnt vor Castor-Chaos

19. März 2026 02:48 | Medienart: Online | Visits/Monat: 580.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

„Wäre der Super-Gau“ : 4500 Beamte! Polizei warnt vor Castor-Chaos Der **Atommüll** soll in das Zwischenlager nach Ahaus im Münsterland gebracht werden 19.03.2026 - 01:48 Uhr

Jülich (NRW) – Dieser Transport könnte ein ganzes Bundesland in Alarmbereitschaft versetzen: Wenn die nächsten Castor-Behälter aus dem Rheinland nach Westfalen rollen, erwartet die Polizei ein Kraftakt. Tausende Beamte, Proteste und die Sorge vor Eskalation fahren mit.

Patrick Schlüter, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei in NRW (GdP), geht von tausenden Beamten aus, die den bevorstehenden **Atommülltransport** durch Nordrhein-Westfalen sichern müssen. „Wir als GdP rechnen mit Größenordnungen von 3500 bis zu 4500 Einsatzkräften“, sagte er der „Rheinischen Post“. Mehr Beamte als beim Revier-Derby

„Zum Vergleich: Bei einem Derby von Dortmund gegen Schalke oder Mönchengladbach gegen Köln sind üblicherweise 2.500 bis 3.000 Beamte im Einsatz“, erklärte er weiter. Die GdP NRW ist mit dem vorhandenen Strahlenschutz- und Arbeitssicherheitskonzept zufrieden, hält den Einsatz aber „weiter für unnötig“ Transport-Stopp „wäre der Super-Gau“

In den vergangenen Monaten hatten Anti-**Atomkraft**- und Umweltschutzgruppen immer wieder gegen die Transporte protestiert. Schlüter warnt: „Es wäre der Super-Gau, wenn es Castorgegnern gelänge, den Transport unterwegs zu stoppen.“ Die Polizei wisse um die Radikalität derjenigen, die in Lützerath aktiv waren. „Wir wissen auch, dass die Szene sehr schnell mobilisieren kann. Die Polizei hat ein Auge drauf, beobachtet sehr genau.“ Strecke führt durchs Ruhrgebiet

Der Transport selbst hat es in sich. Das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (Base) erteilte im vergangenen Jahr die Genehmigung für Castor-Transporte vom Forschungszentrum Jülich ins **Atommülllager** Ahaus. Geplant ist, 152 Behälter mit rund 300.000 Brennelementekugeln von Jülich aus auf der Straße ins Münsterland zu bringen. Mehrere Fahrten sollen aus dem Rheinland nach Westfalen führen. Die Strecke ist rund 170 Kilometer lang und führt auch durch das Ruhrgebiet. Im Januar haben Anti-**Atomkraft**-Initiativen in Bottrop (NRW) gegen die geplanten Castortransporte demonstriert Betriebserlaubnis fehlt seit Jahren

Der Grund für den Abtransport: Die Betriebserlaubnis für die Lagerstätte in Jülich ist seit Jahren ausgelaufen. Das Lager in Ahaus dient lediglich als Zwischenlager. Es gibt in Deutschland aktuell keine **Endlager**, in denen auf Hunderttausende Jahre hinweg strahlender **Atommüll** sicher gelagert werden soll. Stattdessen gibt es 16 Zwischenlager.

Wann die Castoren genau rollen, steht noch nicht fest. Die Umweltschutzorganisation BUND ist vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit einem Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Transportgenehmigung gescheitert.

Atommüll-Transport nach Ahaus

Kommen die ersten Castoren schon am Dienstag?

Ahaus

Die Vorbereitungen auf den Atommüll-Transport von Jülich nach Ahaus laufen auf Hochtouren. Während die Polizei-Gewerkschaft den riesigen Einsatz kritisiert, glauben Atomkraftgegner, Hinweise auf einen konkreten Termin ausgemacht zu haben.

Für den bevorstehenden Atommüll-Transport von Jülich nach Ahaus über die Straßen von Nordrhein-Westfalen werden laut der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Tausende Einsatzkräfte benötigt. Laut einer Schätzung von GdP-Landeschef Patrick Schlüter könnten bis zu 4500 Polizisten gebraucht werden. „Zum Vergleich: Bei einem Derby von Dortmund gegen Schalke oder Mönchengladbach gegen Köln sind üblicherweise 2500 bis 3000 Beamte im Einsatz“, sagte Schlüter der „Rheinischen Post“.

Das Innenministerium hingegen hält diese Schätzung für übertrieben. „Konkrete Zahlen zum Personalaufwand bei Castor-Transporten werden zum aktuellen Zeitpunkt aus einsatztaktischen Gründen nicht genannt. Die aktuell wiedergegebene Schätzung ist jedoch nicht zutreffend“, betonte ein Sprecher des Ministeriums auf Anfrage.

Gewerkschaft hält Polizeieinsatz für „unnötig“

GdP-Landeschef Schlüter betonte, dass ein Strahlenschutz- und Arbeitssicherheitskonzept vorliege, das weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehe. „Deswegen sind wir als GdP NRW damit zufrieden - auch wenn wir diesen Einsatz natürlich weiter für unnötig halten.“

Auch NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) ist kein Fan von dem Einsatz: „Wenn es nach mir ginge, könnte ich auf die anstehenden Castor-Transporte gerne verzichten. Aber die Arbeit der Polizei ist kein Wunschkonzert. Wir

können uns die Einsätze nicht aussuchen.“

Der Schutz von Castor-Transporten sei eine große Herausforderung. Doch die Polizei habe die notwendige Erfahrung, um solche Einsätze effizient und sicher durchzuführen, unterstrich der Innenminister.

Der Transport soll nicht gestoppt werden

Die hohe Zahl an Einsatzkräften liegt auch daran, dass es zu Demonstrationen kommen könnte: „Es wäre der Super-Gau, wenn es Castorgegnern gelänge, den Transport unterwegs zu stoppen“, sagte GdP-Landeschef Schlüter. Man wisse um die Radikalität derjenigen, die in Lützerath aktiv waren. „Wir wissen auch, dass die Szene sehr schnell mobilisieren kann. Die Polizei hat ein Auge drauf, beobachtet sehr genau.“

Anti-Atomkraft-Initiativen haben bereits angekündigt, ihren Protest gegen die Castor-Transporte in den kommenden Tagen verstärken. Ein Zusammenschluss mehrerer Initiativen erklärte am Donnerstag in einer Pressemitteilung, dass sich Hinweise auf einen konkreten Termin verdichteten. Demnach könnte der erste Transport am kommenden Dienstag (24. März) rollen. „So ist zum Beispiel ein großer Hotelbetrieb nahe Ahaus von Dienstag auf Mittwoch komplett ausgebucht, offenbar von der Polizei“, teile der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am Donnerstag mit.

Bürgerdialog am Donnerstagabend

Eine Sprecherin der Essener Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) konnte dem Evangelischen Pressedienst (epd) den Transporttermin nicht bestätigen. Am Donnerstagabend soll ein Bürgerdialog im Ahauser Rathaus mit Vertretern der BGZ und der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) stattfinden.

Die hohe Zahl an Einsatzkräften liegt auch daran, dass es zu Demonstrationen kommen könnte: „Es wäre der Super-Gau, wenn es Castorgegnern gelänge, den Transport unterwegs zu stoppen“, sagte GdP-Landeschef Schlüter. Man wisse um die Radikalität derjenigen, die in Lützerath aktiv waren. „Wir wissen auch, dass die Szene sehr schnell mobilisieren kann. Die Polizei hat ein Auge drauf, beobachtet sehr genau.“

Bürgerinitiativen planen Proteste

Der BBU kündigte für den „Tag X“ eine Kundgebung vor dem Forschungszentrum in Jülich sowie eine Demonstration am Bahnhof in Ahaus an. Auch eine nächtliche Atommüll-Dauermahnwache vor dem Zwischenlager in Ahaus-Ammeln sei ab 22. März angemeldet. Anti-Atom-Initiativen aus Norddeutschland wollen sich dem Protest vor Ort anschließen, sie wenden sich gegen anstehende Castor-Transporte aus Sellafield in Großbritannien nach Brokdorf, hieß es.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) hatte im vergangenen Jahr die Genehmigung für Castor-Transporte vom Forschungszentrum Jülich ins Atommülllager Ahaus erteilt. Es gibt in Deutschland derzeit

noch keine Endlager, in denen auf Hunderttausende Jahre hinweg strahlender Atom­müll sicher gelagert werden soll. Stattdessen gibt es sechzehn Zwischenlager, unter anderem in Ahaus.

Bei dem Atom­müll handelt es sich um rund 300.000 Brennelemente-Kugeln aus einem 1988 abgeschalteten Versuchsreaktor in Jülich. Sie befinden

sich in 152 speziellen Schutzbehältern, sogenannten Castoren. Auf der gut 170 Kilometer langen Strecke nach Ahaus wird nach bisherigen Angaben voraussichtlich jeweils ein kleiner Konvoi von bis zu vier Schwertransportern unterwegs sein. Angesichts der 152 Castoren dürften es zahlreiche Transporte werden.

Streit vor Gericht

Die Umweltschutzorganisation BUND war vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit einem Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Castor-Transportgenehmigung gescheitert, hat aber Beschwerde dagegen eingelegt.

| | | | |
|----------------|------------------------------------|------------------------------------|----------------|
| Wörter: | 660 | Ausgabe: | Einzel­ausgabe |
| Autor/-in: | Redaktion Westfälische Nachrichten | Visits (VpD) ¹ : | 166.499 |
| Ressort: | PLUS | Unique Users (UUpD) ² : | 34.000 |
| Rubrik: | Kreis-Borken | | |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.wn.de/muensterland/kreis-borken/castoren-atom-muell-ahaus-transport-termin-3516884>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Radioaktiver Abfall

Wohin mit dem deutschen Atommüll? Das sagen 2 Geologen im Harz zur Endlagersuche

Zwei Flächen im Harz stehen weiterhin im Fokus der Endlagersuche für radioaktiven Abfall. Im Herbst 2026 könnte es Neuigkeiten geben.

Katharina Franz

Deutschland sucht ein sicheres Endlager für Atommüll. 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfall müssen dort untergebracht werden. Beauftragt mit der Suche ist die [Bundesgesellschaft für Endlagerung](#) (BGE). Diese plant, im Herbst 2026 einen Einblick in die aktuellen Arbeitsstände zu gewähren: Am Dienstag, 27. Oktober 2026, will die BGE eine Karte veröffentlichen, die zeigt, in welchen Regionen in Deutschland man weiterhin nach dem besten Standort für ein Endlager sucht.

Noch kommt ein Viertel der Fläche in der Bundesrepublik infrage. Das ist der Arbeitsstand von November 2025. Danach sollen unter anderem zwei Flächen im [Harz](#) als mögliche Standorte für ein Atommüllendlager weiter untersucht werden. Die noch infrage kommende Gesamtfläche möchte die BGE im Herbst „deutlich einengen“.

Endlagersuche: Was wird der neue Zwischenstand ab Herbst 2026 zeigen?

Den neuen Zwischenstand soll die Öffentlichkeit im Herbst 2026 wieder im [BGE Endlagersuche Navigator](#) sehen können. Dort kann man jetzt schon erkennen, wo genau sich die beiden Harzer Flächen befinden, die nach Arbeitsstand November 2025 infrage kommen: nämlich zwischen Bad Harzburg und Braunlage und zwischen Thale und Harzgerode.

Ab Oktober zeigt der Navigator womöglich bereits, ob die BGE die Flächen

in und um den Harz im Prüfverfahren weiter berücksichtigt. Bis dahin sollen nämlich in allen Gebieten die ersten beiden Prüfschritte abgeschlossen sein und für einige Gebiete auch die Prüfschritte drei und vier. „Dadurch können dann bereits erste Gebiete der Kategorie B gezeigt werden. Gebiete der Kategorie B lassen eine gute Eignung erwarten“, heißt es in einer Pressemitteilung der BGE vom 19. März 2026.

Ob die Gebiete in und um den Harz tatsächlich zu denen gehören werden, in denen die ersten vier Prüfschritte abgeschlossen sein werden, verrät die BGE nicht. „Es steht noch nicht fest, für welche Gebiete die Prüfschritte im Herbst abgeschlossen sein werden“, lautet die Antwort auf die Nachfrage des [Harz Kurier](#).

In den Standortvorschlag, den die BGE Ende 2027 an das Bundesamt für nukleare Entsorgung (BASE) übermitteln möchte, kommen übrigens nur „die besten Gebiete“, also die, die nach Abschluss der Prüfung die Kategorie A erreichen.

Gesetz schreibt bestmögliche Lösung für ein Endlager vor

Auch rund um Hannover und südöstlich von Sangerhausen sollen Gebiete weiter untersucht werden. Laut der [interaktiven Karte](#) der BGE sind Bereiche nördlich von Goslar und zwischen Ilsenburg und Wernigerode sowie zwischen Blankenburg, Halberstadt und Quedlinburg noch für die ersten Prüfschritte vorge-

sehen. Der Altkreis Osterode steht nicht zur Auswahl.

Ein Gesetz schreibt die bestmögliche Lösung für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktiven Abfällen vor. Die Suche danach läuft entsprechend sorgfältig, aber auch langwierig ab. Die Entscheidung über den Endlagerstandort wird der Bundestag voraussichtlich erst in den 2040er-Jahren oder noch später treffen.

Suche nach Atommüllendlager: Im Norden bleibt vieles unklar

[Die interaktive Karte](#) der BGE zeigt, wie weit fortgeschritten die Suche ist. Noch sind darauf insbesondere im Norden Deutschlands große graue Bereiche zu sehen. Das bedeutet, dass das Prüfverfahren dort noch weit am Anfang steht.

Im Sommer 2026 sollen alle Teilgebiete die ersten zwei Schritte von insgesamt vier Sicherheitsuntersuchungen durchlaufen haben. Dieses Ziel bekräftigt Lisa Seidel, Bereichsleiterin Standortauswahl, im Januar 2026 im [BGE-Newsletter](#). „Anschließend liegt der Fokus bis Ende 2027 auf dem Standortregionenvorschlag, dem nächsten großen Meilenstein in der Standortsuche.“ Für das Frühjahr 2027 sei ein weiteres Update des Endlagersuche-Navigators geplant.

Warum der Boden im Altkreis Osterode gar nicht untersucht wird, kann Gesteinsexperte [Firouz Vladi](#) erklären. „Der Altkreis Osterode kommt nicht infrage, weil er Karstgebiet ist und über das Karstgrundwasser vernetzt ist“, be-

stätigt der ortskundige Geologe, der bereits in den 1970er-Jahren zur Harzer Gipskarstlandschaft forschte und sich nach der deutschen Wiedervereinigung dafür einsetzte, dass der Karstwanderweg in der ehemaligen DDR in Richtung Westen verlängert wurde.

Laut Vladi würden sich in dem Gebiet zwischen Bad Grund und Walkenried auch nicht die Schichten unter dem Karst für ein Atommüllendlager eignen: Zwar läge man bei einer Grubentiefe von eintausend Metern im Grundgebirge. Doch das sei klüftig und es könnte ein Wasseraustausch mit der Oberfläche stattfinden. Darum eignet sich „der schöne Südharz“ nicht als Endlagerstandort für Atommüll und liegt außerhalb dieser „Gefahrenzone“, so der Forscher.

Ähnlich wie Vladi hält Doktor Friedhart Knolle, ebenfalls Geologe, den Harz als Standort für ein Endlager ohnehin für unwahrscheinlich. „Der Harz ist mit Naturpark, Nationalpark, Tourismus, dichter Besiedlung, jedenfalls am Harzrand, Welterbe et cetera so voll von Interessenlagen“, sagt Knolle. Er glaube nicht, dass der Bundestag, der letztlich die Entscheidung über den Endlagerstandort trifft, „so eine Region“ auswählt. Er gibt aber zu bedenken, dass diese Abstimmung in der Zukunft liegt.

Vladi betont hingegen, dass es keinen physikalischen Zusammenhang zwischen dem Betrieb und der Sicherheit eines Endlagers in großer Tiefe und dem Tourismus gibt. Ein solcher Zusammenhang wäre, wenn dann, politisch, umweltverbandlich oder medial hergestellt.

Grundsätzlich wäre Vladi zufolge ein Endlager in der Tiefe des Brocken- und des Ramberg-Pluton denkbar - beides Granit. „Granite gelten als potenziell geeignete Endlagermedien“, erklärt zudem sein Kollege Knolle. Außerdem würden sich laut Standortauswahlgesetz die Gesteine Salz und Ton für ein Endlager eignen.

Allerdings, merkt Firouz Vladi an, könnten sich Gebiete im nördlichen Harzvorland möglicherweise besser eignen. Dort würden in zum Teil größerer Tiefe Salzgesteine nebst den eigentlichen

Salzstöcken liegen, die bei größerer Mächtigkeit und tektonischer Stabilität weiter untersucht werden, erklärt er.

Ein wichtiger Hinweis. Denn in Deutschland sucht man nicht einfach einen geeigneten Standort für ein Atommüllendlager. Das Gesetz schreibt vor, dass der bestmögliche Standort gefunden werden muss. Und die Auswertung ist längst nicht abgeschlossen: Noch ein Viertel Deutschlands liegt im Fokus der Endlagersuche.

Knolle gibt zu bedenken: Die Region Südostniedersachsen bis Hannover ist gespickt mit geeigneten Gesteinen. „Da mache ich mir als hiesiger Einwohner schon Gedanken.“ Zumal ihm zufolge mit der Schachanlage Asse, dem einstigen Salzbergwerk Bartensleben und dem ehemaligen Eisenerzbergwerk bereits drei Lagerstätten für radioaktiven Abfall im Geopark Harz, Braunschweiger Land, Ostfalen liegen. Damit sei dies der einzige Geopark der Welt mit drei Endlagern - wobei bisher nur das Endlager Konrad weiter ausgebaut wird. Die anderen beiden sollen stillgelegt werden.

Im Jahr 2020 wurde mehr als die Hälfte der Bundesrepublik als grundsätzlich zu bewertende Fläche eingestuft. Von diesen insgesamt 90 Teilgebietsflächen wurden innerhalb der vergangenen fünf Jahre 53 Prozent als ungeeignet oder gering geeignet kategorisiert. Die restlichen 47 Prozent sind noch in Bearbeitung (Stand November 2025) - entweder, weil sie wie die beiden Flächen im Harz weiter in Betracht gezogen werden, oder noch gar nicht ausgewertet worden sind.

Bei der Endlagersuche sollen nur Teilgebiete, die die ersten Prüfschritte weitgehend bestehen, weiter bewertet werden - so wie die Fläche zwischen Bad Harzburg und Braunlage und die zwischen Thale und Harzgerode. Bisher ging es um die geologischen Voraussetzungen untertage, also unter der Erde. Welche Teilgebiete für übertägige Erkundungen infrage kommen, will die BGE laut NDR bis Ende 2027 vorschlagen - dann schaut man also nach, was sich in den jeweiligen Regionen an der Erdoberfläche befindet.

Endlagersuche verzögert sich: Entscheidung könnte bis 2070 dauern

Wann die Regierung die Entscheidung über den Endlagerstandort trifft, steht bislang nicht fest. Friedhart Knolle geht davon aus, dass es in den 2040er-Jahren so weit sein wird. Im Standortauswahlgesetz von 2017 hatte man sich eigentlich das Zieljahr 2031 gesetzt. Pessimistische Prognosen befürchten angesichts der langwierigen Auswertung allerdings, dass es erst 2060 oder gar 2070 zu einer Abstimmung im Bundestag kommen könnte.

Der Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) und der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer (Grüne) warben beim vierten Forum Endlagersuche am 21. und 22. November 2025 in Hannover dafür, das Verfahren zu beschleunigen. Das Bundesumweltministerium hat laut einer Veröffentlichung der BGE zu diesem Zweck fünf Gesetze in den Blick genommen. Eine Beschleunigung sei möglich, ohne Abstriche an der Sicherheit oder an der Beteiligung der Öffentlichkeit zu machen, heißt es. Der Tagesschau-Podcast 11 KM unterstellte Politikerinnen und Politikern in der Folge „Atommüll-Endlager: Die Suche, die nie endet“ vom 25. September 2025, dass keine Regierung die unpopuläre Entscheidung treffen möchte und sich deswegen keine Partei ernsthaft um eine Beschleunigung des Verfahrens bemüht.

27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Müll muss Deutschland lagern

In dem Endlager muss laut tagesschau.de 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Atommüll untergebracht werden. Derzeit lagere deutscher Atommüll in 16 oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern. Das Endlager soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten, denn mindestens so lange strahlt der Abfall.

Die Menge von 27.000 Kubikmetern hochradioaktivem Müll ergibt sich übrigens aus Berechnungen der Vergangenheit. Die Angabe könnte sich noch ändern, wenn in Zukunft andere Behälterkonzepte entwickelt werden, gibt die BGE auf ihrer Internetseite an. 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle sollen im Endla-

ger Konrad im niedersächsischen Salzgitter eingelagert werden.

Dieser Artikel wurde am 25. November 2025 auf harzkurier.de veröffentlicht und seitdem aktualisiert.

| | | | |
|----------------|-----------------|-----------------------------|---------------|
| Wörter: | 1.476 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Katharina Franz | Visits (VpD) ¹ : | 214.974 |
| Ressort: | Online | Unique Users | 20.000 |
| Medienkanal: | ONLINE | (UUpD) ² : | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/harz/article410539079/atommuellendlager-war-um-auch-der-harz-infrage-kommt.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Analyse: Weshalb die Forderung nach der Rückkehr der Atomenergie Unsinn ist

Ursula von der Leyen hat den Atomausstieg als Fehler bezeichnet und hohe Strompreise kritisiert. Mit Atomkraft werden diese steigen, analysiert Werner Pluta.

Ein Gespenst geht um in Europa. Dieses Mal ist es jedoch nicht das des Kommunismus. In der vergangenen Woche hat Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, den Atomausstieg als einen strategischen Fehler für Europa bezeichnet und sich für eine Rückkehr der umstrittenen Energieform starkgemacht.

Von der Leyen begründete, dass Europa „weder ein Öl- noch ein Gasproduzent“ sei. „Bei fossilen Brennstoffen sind wir komplett abhängig von teuren und volatilen Importen“, sagte sie. Insgesamt seien die Strompreise „strukturell zu hoch“. Sogenannte Small Modular Reactors (SMR), kleine, modular aufgebaute Atomkraftwerke – sie liefern nach der Definition der Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) etwa bis zu 300 Megawatt, bei Biblis waren es etwa 2,5 Gigawatt – sollen in Zukunft einen Teil der Energieversorgung übernehmen. In den USA ist der Hype um entsprechende Start-ups wie das von Bill Gates finanzierte Terrapower in vollem Gang.

Zuspruch kam unmittelbar aus den Reihen ihrer Partei: „Ursula von der Leyen hat recht – der Ausstieg aus der Kernkraft war ein Fehler“, etwa sekundierte Gitta Connemann, Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), im Nachrichtenmagazin Der Spiegel. Da wollte CSU-Chef Markus Söder nicht zurückstehen und kündigte im Boulevard-Blatt Bild vollmundig an: „Bayern ist bereit für ein Pilotprojekt“ – genauer: für den Bau eines solchen neuartigen Kleinatomkraftwerks.

Sag mir, wo du stehst

Nun gerät eine Argumentation über Atomkraft schnell ins Ideologische: Sag mir, wie du zur Atomkraft stehst, und ich sag’ dir, welchen Weg du gehst. Dabei ist das gar nicht nötig. Ein bloßer Blick auf die Zahlen zeigt den Unsinn der Forderung nach Rückkehr zur Atomkraft.

Die Gestehungskosten für Atomstrom, also die reinen Erzeugungskosten, liegen laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2023 zwischen 184 und 504 Euro pro Megawattstunde – oder 18 bis 50 Cent pro Kilowattstunde. Endkunden zahlen derzeit laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) im Schnitt etwa 37 Cent für die Kilowattstunde aus der Steckdose. In dem Preis sind aber schon Steuern und Entgelte, zusammen knapp 13 Cent, sowie die Marge für den Energieversorger enthalten.

Dass ausgerechnet Connemann die Rückkehr der Atomkraft fordert, verwundert da schon. Als MIT-Vorsitzende sollte sie schließlich das geballte ökonomische Know-how repräsentieren, dessen sich die Unionsparteien gern rühmen. Wo doch gerade der von ihr vertretene Mittelstand – das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – über die hohen Energiekosten lamentiert. Der Verdacht drängt sich auf, dass es hier eben doch um Ideologie und nicht um Wirtschaftlichkeit geht.

Wer tatsächlich ökonomisch argumentiert, sollte fordern, noch mehr Windräder und Solarparks zu bauen: Die Gestehungskosten für eine Kilowattstunde Windstrom an Land bezieht der En-

ergieversorger EnBW je nach Standort etwa 4 Cent bis 9 Cent pro Kilowattstunde. Offshore-Anlagen sind im Bau aufwendiger, weshalb der Strom etwas teurer ist: Die Kilowattstunde kostet in der Gesteuerung knapp 6 bis etwa 10 Cent. Die Kilowattstunde Solarstrom gibt es für 4 bis 14 Cent.

Ohnehin war Atomstrom zu keiner Zeit konkurrenzfähig, wie eine 2025 veröffentlichte Studie der Technischen Universität Berlin gezeigt hat. Von Anfang an wurde die Atomkraft staatlich gefördert. Wie viel staatliches Geld tatsächlich über die Jahrzehnte in die Atomenergie geflossen ist, lässt sich schwer schätzen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages nannte 2021 in einer Dokumentation „eine Fördersumme von insgesamt 112,1 Mrd. EUR (nominal) bzw. 169,4 Mrd. EUR (real)“ zwischen 1955 und 2022. Dabei habe es sich um rein budgetwirksame Förderungen gehandelt. Die tatsächliche Fördersumme dürfte deutlich höher sein. Einige Schätzungen gehen bis knapp 300 Milliarden Euro (real).

Doch noch ein bisschen Ideologie

Was die Befürworter umtreibt, ist eine Grundversorgung: Kraftwerke, die verlässlich rund um die Uhr laufen und Strom ins Netz speisen und die nicht bei Nacht oder Windstille den Dienst quittieren. Das ist unbestritten, und ohne Speicher wird es keine Energiewende geben. Anders als SMRs, die gerade mal in Entwicklung sind und noch Jahre auf sich warten lassen werden, sind unterschiedliche Speichertechnologien bereits verfügbar.

Der größte Speicher in Deutschland etwa entsteht bei Cottbus und soll vier Gigawattstunden speichern. Das reicht laut Betreiber aus, um über 1,6 Millionen Haushalte vier Stunden lang mit Strom zu versorgen. Kosten für die Speicherung: etwa 10 Cent pro Kilowattstunde.

Neben Akkus stehen aber auch noch andere Speicherformen zur Verfügung: Pumpspeicherkraftwerke etwa oder Druckluftspeicher, wie der, der kürzlich in China in Betrieb genommen wurde. Mit solchen Maßnahmen lässt sich die gefürchtete Dunkelflaute zumindest kurzfristig abfedern. Daneben kann aber auch ein Netzausbau auf europäischer Ebene helfen. Dann könnten Erzeugungsanlagen in anderen Teilen des Kontinents einspringen, wenn irgendwo zur Nacht der Wind einschläft. Denn dass von der iberischen Halbinsel bis ins Baltikum und vom Nordkap bis nach Sizilien eine einheitliche Wetterlage herrscht, ist doch sehr unwahrscheinlich.

Was noch gegen SMRs spricht: Nicht nur die Kraftwerke selbst sind noch in der Entwicklung. Auch wenn die SMRs deutlich kleiner sind als die abgeschalteten Atomkraftwerke, brauchen auch sie Brennstoff, spricht: Uran. Und das muss, je nach Bauart des SMR, auch noch deutlich höher angereichert sein

als der Brennstoff für die alten Kraftwerke.

Die dafür nötigen Anlagen fehlen und müssten also auch noch gebaut werden, was die ganze Angelegenheit weiter verteuert. Es scheint fast, als wolle ein Teil der Wirtschaft die Atomsubventionierung der vergangenen Jahrzehnte fortführen. Denn natürlich geht die MIT davon aus, „dass die Bundesregierung die Forschung sowohl an kleinen Reaktoren als auch an der Kernfusion unterstützt“, wie die MIT-Vorsitzende Connemann dem Spiegel sagte.

Mehr strahlender Müll?

Am Ende müssen wir aber doch noch einmal auf die Ideologie zurückkommen: Auch mit weniger Brennstoff werden die SMRs strahlenden Müll produzieren. Davon haben wir schon reichlich: 130.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver und rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle, nach Angaben der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Der gefährlichste Teil davon muss für eine Million Jahre sicher eingelagert werden – geht man in der Erdgeschichte so weit zurück, landet man im frühen Pleistozän. Damals streiften Mammut und Säbelzahn tiger durch die Lande und die ersten Homi niden erschienen am Rande Europas.

Wie und wo der strahlende Abfall schließlich gelagert wird, ist nach wie offen. Neuen zu produzieren, würde

demnach ein bestehendes, ungelöstes Problem nur weiter zuspitzen, was alles andere als sinnvoll erscheint.

Allerdings stellt der Brennstoff ohnehin ein politisches Problem dar, dessen Dimension die Atomkraftbefürworter offensichtlich komplett ausgeblendet haben: Das Uran muss ja irgendwoher kommen. Die größten Produzenten sind aber Russland und Kasachstan, die als Lieferanten derzeit kaum infrage kommen.

Bemerkenswerterweise kommt die Forderung zur Rückkehr der Atomenergie nur aus der Politik. Diejenigen, die es angeht, die Energieversorger, winken ab: Atomkraft ist unwirtschaftlich, Neubauten dauern zu lange, das Problem des strahlenden Mülls ist nicht gelöst und wird noch sehr viel Geld verschlingen, laut EnBW 170 Milliarden bis Ende des Jahrhunderts.

Eine Rückkehr der Atomenergie zu fordern, wie von der Leyen, Connemann oder Söder es tun, ist demnach nicht nur unwirtschaftlich, sondern in etwa so sinnvoll, als wollte man die Verkehrs wende beenden, indem man das Aus vom Aus der Verbrennerfahrzeuge fordert.

(wpl)

—

| | | | |
|----------------|---|----------|---------------|
| Wörter: | 1.138 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Werner Pluta https://www.heise.de/autor/Werner-Pluta-4781905 | | |
| Rubrik: | Atomkraft | | |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |
| Weblink: | https://www.heise.de/hintergrund/Analyse-Weshalb-die-Forderung-nach-der-Rueckkehr-der-Atomenergie-Unsinn-ist-11214643.html | | |